

P r o t o k o l l

der Sondersitzung der Ausschüsse für Bauwesen und Umwelt und Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften am 14. September 2010 im Bürgerschaftssaal des Rathauses

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:40 Uhr

Anwesenheit

Frau Bruns
Herr Dreiseitel
Herr Dr. Fassbinder
Frau Görs
Herr Dr. Kasbohm
Herr Dr. Kerath
Herr Kolbe
Herr Rappen i.V. für Herrn Liedtke
Herr Liskow
Herr Littmann
Herr Lüthen
Herr Bleckmann i.V. für Herrn Prof. Dr. Matschke
Herr Lange i.V. für Herrn Meyersieck
Herr Noack i.V. für Herrn Mundt
Herr Dr. Bittner i.V. für Frau Reuhl
Herr Schmidt
Frau Behrendt i.V. für Frau Dr. Schwenke
Frau Socher
Herr Voß
Herr Dr. Krames i.V. für Herrn RA Wähler

Herr Radicke
Herr Ziola

Entschuldigt

Frau Reuhl
Herr Mundt
Herr Meyersieck
Herr Wähler
Herr Prof. Dr. Matschke
Herr Kruse
Herr Liedtke
Frau Gänß
Herr Braun

Verwaltung

Herr Hochheim
Herr Kaiser
Herr Imhorst
Herr Niemeyer
Herr Hildebrandt
Herr Haufe
Frau Teetz
Frau Reimann
Frau Schätzchen

Gäste

Herr Bartelt	IPP Greifswald
Herr Dr. Hunger	Planungsbüro SVU, Dresden
Herr Blanck	Fernwärme Greifswald GmbH
OZ	

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Abstimmung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 4.1. Integriertes Klimaschutzkonzept der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 60 05/323
 - 4.2. Fernwärmesatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 60 05/322
 - 4.3. Radverkehrsplan Greifswald 2010 (RVP)
Dez. II, Amt 60 05/320
5. Informationen der Verwaltung
6. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder
7. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. *Sitzungseröffnung*

Frau Socher eröffnet die Sondersitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie leitet die Sitzung in Vertretung der Vorsitzenden der beiden Ausschüsse.

Zu TOP: 2. *Abstimmung der Tagesordnung*

Frau Socher schlägt vor, einen TOP – Einleitung zur Thematik Klimaschutz – unter 4.0 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Einstimmig wird dieser Ergänzung der Tagesordnung zugestimmt.

Die so ergänzte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Zu TOP: 3. *Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

Keine

Zu TOP: 4. *Diskussion von Beschlussvorlagen*

Zu TOP: 4.0 *Einleitung zur Thematik Klimaschutz*

Herr Haufe berichtet vor Beginn der Beratungen zu den nachfolgenden Beschlussvorlagen über die bisherigen Aktivitäten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in Bezug auf den Klimaschutz und führt in die Thematik unter der Überschrift „Visionen für eine grüne Stadt“ ein.

Mit diesem Motto wirbt das Klimabündnis Greifswald 2020 für Maßnahmen zum Klimaschutz aus dem Klimaschutzkonzept für den 2.Klimaaktionstag und die Greifswalder Klimakonferenz im Oktober dieses Jahres. Es liegt jetzt an der Bürgerschaft den Zielen und Aufgaben, die sie im 10-Punkteprogramm zum Klimaschutz formuliert und einstimmig beschlossen hat, konkrete Maßnahmen folgen zu lassen. „Visionen einer grünen Stadt“ ist der Titel des Bürgergutachtens zum Klimaschutzkonzept das zufällig ausgewählte Bürger Greifswalds an 3 Wochenenden erstellt haben und in dem diese ihre Bereitschaft für stärkeres Engagement im Klimaschutz zum Ausdruck bringen. Zugleich sprechen sie sich für die Annahme einer Fernwärmesatzung aus Gründen des Klimaschutzes aus und wünschen sich von der Stadt größere Anstrengungen beim Klimaschutz.

Herr Haufe erläutert, dass bereits im Mai 2005 die Bürgerschaft einen Beschluss über die Erarbeitung einer Klimaschutzkonzeption gefasst und im Mai 2007 ein 10-Punkte-Programm zum kommunalen Klimaschutz verabschiedet hat. Im Dezember 2008 erfolgten der Beitritt zum Konvent der Bürgermeister und damit die Verpflichtung zur Einhaltung der EU-Ziele auf lokaler Ebene und die Aufstellung eines Klimaaktionsplans. Durch das Bundesumweltministerium erfolgte 2009/ 2010 eine Förderung für das

Klimaschutzkonzept. In diesem Jahr ist der Umwelt- und Klimaschutz zu einem der sieben Strategiebereiche im Leitbild der Universitäts- und Hansestadt Greifswald verankert worden.

Weiterhin berichtet er, dass das Klimaschutzbündnis Greifswald 2020 gegründet wurde mit der Selbstverpflichtung, bis 2020 die CO₂-Emissionen um 14 % gegenüber 2005 zu reduzieren. Im Rahmen des integrierten Klimaschutzkonzeptes werden verschiedene Minderungsziele untersucht und neben der Reduktion um 14 % (Orientierung am 20-20-20-Programm der EU-Kommission) auch eine Reduktion um 24 % bis 2020 gegenüber 2005 betrachtet (Orientierung am erweiterten Minderungsangebot der EU zum Kopenhagener Klimagipfel).

Folgende Prämissen werden dabei verfolgt:

- Ausweisung von Maßnahmen, die bei wirtschaftlichem Mitteleinsatz zu den höchsten Reduzierungen führen,
- Einbindung der Klimabündnispartner bei der Erstellung des Konzeptes führt zu realistischen Maßnahmen,
- Maßnahmen sollen die regionale Wirtschaft stärken,
- Betrachtung von wirtschaftlicher Langzeitwirkung, Lebenszyklen,
- langfristige Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern,
- Einbindung der Bevölkerung und der Politik in den Prozess der Konzepterstellung.

Zu TOP: *Integriertes Klimaschutzkonzept der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*
4.1.

Herr Bartelt und Herr Dr. Hunger stellen die Beschlussvorlage vor.

In seinen Ausführungen berichtet Herr Bartelt über den Bereich Energie dieses Konzeptes und erläutert ausführlich die zur Erreichung der CO₂-Minderung vorgeschlagenen Maßnahmen, wie u.a. die Senkung des Raumwärmebedarfs, eine Fernwärmesatzung, die Dekarbonisierung der Fernwärme, effizientere Stromverbraucher, eine Biogasbeimischung/-nutzung, die Ökostromnutzung, die Photovoltaiknutzung und die Modernisierung der Heizanlagen. Weiterhin werden Handlungsempfehlungen unterbreitet, da viele dieser Maßnahmen einen veränderten Umgang mit Energie und Mobilität verlangen und es gilt, die vorhandenen Möglichkeiten schnell und entschlossen zu nutzen.

Herr Dr. Hunger stellt daraufhin das Teilprojekt der CO₂-Minderung im Verkehr vor. Als Grundlage zur Erreichung dieser Minderung nannte er in einer Maßnahmeübersicht die Förderung des Umweltverbundes, die Reduzierung der Kfz-Verkehrsaufkommen, die Stadtentwicklung im Sinne kurzer Wege, die Harmonisierung des Verkehrsflusses, die Verringerung der Fahrzeugemissionen, das Mobilitätsmanagement, die Bürgerinformation etc. Die einzelnen Minderungsmaßnahmen und deren Wirkungen sowie Synergieeffekte wurden ausführlich erläutert.

Da zu Beginn der Diskussion zunächst keine Wortmeldungen von den Ausschussmitgliedern abgegeben wurden, wurden zwei Fragen von anwesenden Bürgern zugelassen.

Auf diese Nachfragen wird detailliert die CO₂-Einsparung bei Erhöhung der Nutzung von Fernwärme erläutert und, dass die Erzeugung von Fernwärme in Greifswald auf einer hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage basiert.

Nach kurzer Diskussion wird festgelegt, dass über das, insgesamt für gut befundene, Gesamtkonzept abgestimmt werden soll und nicht über jede Einzelmaßnahme.

Der Beschlussvorlage wird mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zugestimmt.

Zu TOP: *Fernwärmesatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*
4.2.

Herr Hildebrand stellt die Beschlussvorlage vor und geht dabei auf inhaltliche Schwerpunkte und die Ziele der Fernwärmesatzung ein, die als eine wesentliche Minderungsmaßnahme im Klimaschutzkonzept aufgeführt ist. Um eine CO₂-Minderung in Greifswald zu erreichen, soll das vorhandene Potential der Fernwärme genutzt werden, wobei eine Verdichtung der vorhandenen, betriebsbereiten Leitungen und ein Anschluss- und Benutzungszwang im Satzungsgebiet vorgesehen ist. Die Satzung beinhaltet aber auch einen Bestandsschutz für errichtete und geplante Wärmeversorgungsanlagen bis zum Ende der Lebensdauer der Anlagen und eine nachfolgende Entscheidung der Betreiber für die Wärmeerzeugung auf der Basis von erneuerbaren Energien oder den Anschluss an die Fernwärme.

In der nachfolgenden Diskussion wird von Frau Socher auf das Bürgergutachten verwiesen, das insbesondere eine preiswerte Fernwärme und transparente Preise nach Erlass der Satzung fordert.

Auf Nachfrage von Frau Görs und mehreren Ausschussmitgliedern wird verdeutlicht, dass nicht das gesamte Stadtgebiet das Satzungsgebiet ist, sondern nur die Fernwärmeleitungen in den bereits vorhandenen Gebieten ausgebaut bzw. verdichtet und gemäß Wirtschaftlichkeit erweitert werden sollen. Der räumliche Geltungsbereich ist im § 3 genannt. Beantwortet wird auch, dass das UNI-Klinikum an die Fernwärme angeschlossen ist und eine Sekundärleitung besitzt.

Herr Radicke ist grundsätzlich für die Satzung, hinterfragt aber einzelne Regelungen und sieht Erläuterungsbedarf. Bezüglich der Frage nach der Höhe der im § 6 Abs. 5 genannten Anschlusskosten wird von Herrn Blanck erläutert, dass hier jeweils eine Berechnung nach dem Einzelfall erfolgen wird. Weiter möchte Herr Radicke eine fachliche Überarbeitung und eine bessere Lesbarkeit des § 8 Abs. 4. Die dort aufgeführte und bezweifelte 10 %-ige Leistungsgrenze wird von Herrn Blanck so bestätigt und erläutert. Als nächsten Punkt fragt Herr Radicke nach dem Hintergrund für die große Differenz der im § 11 - Ordnungswidrigkeiten – aufgeführten Bußgelder.

Festgelegt wird, dass in der Sitzung der Bürgerschaft am 27.09.2010 durch die Verwaltung, nach Abstimmung mit dem Rechtsamt, eine Beantwortung der Fragen zu erfolgen hat.

Im Weiteren wird über die Aufnahme des Minderungsziels - Dekarbonisierung der Fernwärme - in die Satzung diskutiert und vereinbart, dass diese in einem gesonderten, zusätzlichen Beschlusstext der Beschlussvorlage verankert werden soll.

Herr Ziola regt an, da die Bürger regelmäßig fachlich dazu nicht in der Lage

sind, die Beweislast bei einer Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang nicht den Bürgern sondern der Stadt aufzuerlegen. Die Verwaltung beantwortet diese Frage damit, dass es in der Regel üblich ist, dass bei einer Beantragung die Antragsteller die Kosten übernehmen und dass das Antragsverfahren sehr vereinfacht werden soll. Auch dieser Punkt ist mit der Rechtsabteilung der Stadt abzustimmen und in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft zu beantworten.

Herr Dr. Kerath führt an, dass der Beschluss zur Fernwärmesatzung in die richtige Richtung geht und, dass zusätzlich zur Aufnahme der Dekarbonisierung auch eine Verpflichtung in den Beschlusstext aufgenommen werden sollte, dass die Stadtwerke die Fernwärme zu einem wirtschaftlichen Preis an die Endabnehmer zur Verfügung stellen. Weiterhin ist die Satzung teilweise und insbesondere der § 8 unverständlich. So enthalten die Absätze 2 und 4 Doppelungen und die Absätze 2 und 5 unbestimmte Formulierungen. Auch der Absatz 6 ist zu unbestimmt und sollte anders formuliert werden. Hierzu wird gebeten, der Verwaltung im Nachgang der Sitzung schriftlich Änderungsvorschläge zu unterbreiten, die diese prüft und über die in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft beraten werden soll.

Nach weiteren Diskussionen und Erläuterungen zu den Satzungsinhalten stellt Frau Görs aufgrund der vielfältigen Änderungswünsche den Antrag, die Beschlussvorlage zur Bearbeitung in die Verwaltung zurück zu verweisen.

Frau Socher stellt zum Ende der Diskussion klar, dass die Dekarbonisierung der Fernwärme als Teil des Beschlusstextes aufgenommen werden sollte. Weiterhin stellt sie den Antrag, dass die Satzung zur Kenntnis genommen wird und die Fraktionen gebeten werden, schriftlich Änderungsvorschläge bis zum 21.09.2010 an die Verwaltung zu geben, die diese bis zur Bürgerschaftssitzung am 27.09.2010 prüft und in die Satzung einarbeitet, über die dann beschlossen wird.

Herr Dr. Bittner beantragt, dass die Beschlussvorlage nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern über diese abgestimmt werden soll, mit der Maßgabe, dass, wie zuvor genannt, die Änderungsvorschläge bis zur Sitzung der Bürgerschaft eingearbeitet werden.

Zunächst wird über den Antrag von Frau Görs abgestimmt.

Dem Antrag zur Zurückverweisung der Beschlussvorlage in die Verwaltung wird mit 3 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen nicht zugestimmt.

Danach wird über den Antrag von Herrn Dr. Bittner, der auch den Antrag von Frau Socher umfasst, abgestimmt.

Der Beschlussvorlage wird mit dem Zusatz, dass Änderungen, die von den Fraktionen schriftlich bis zum 21.09.2010 an die Verwaltung gegeben und bis zur Sitzung der Bürgerschaft am 27.09.2010 eingearbeitet werden, mit 11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen zugestimmt.

Zu TOP: 4.3. Radverkehrsplan Greifswald 2010 (RVP)

Herr Imhorst stellt die Beschlussvorlage und den damit zu beschließenden Radverkehrsplan vor, der in Abstimmung mit dem Klimaschutzkonzept erstellt wurde. Dabei erläutert er u.a. die Handlungsfelder der Radverkehrsförderung, die Radrouten, die herausragende Bedeutung der Fahrradachse Pappelallee – Mühlentor – Markt - Domstraße, die Planungsgrundsätze der Führung des Radverkehrs, die Konzept-Schwerpunkte und Leitprojekte sowie das Handlungsprogramm mit den Zielvorgaben 2014/ 2020.

In der nachfolgenden Diskussion wurde der Radverkehrsplan gelobt und die Fragen von der Verwaltung beantwortet. Von den Ausschussmitgliedern sind dabei einige Detailmaßnahmen besonders genannt worden. So ist der Ausbau der Hauptfahrradachse mit der Diagonalquerung der Europakreuzung als Pilotprojekt hervorgehoben, aber auch die Notwendigkeit der Qualitätsverbesserung von anderen Fahrradwegen gefordert worden. Auf wichtige Teilprojekte wurde des Weiteren hingewiesen, wie u.a. die Querung der Hauptfahrradachse mit der Walter-Rathenau-Straße, der Bau von Radwegen in das Umland und den Bau einer Radstation am Bahnhof.

Der Beschlussvorlage wird mit 15 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zugestimmt.

Zu TOP: 5. Informationen der Verwaltung

Keine

Zu TOP: 6. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder

Keine

Zu TOP: 7. Schluss der Sitzung

Ende der Sondersitzung um 21:40 Uhr.

Birgit Socher
stellv. Ausschussvorsitzende

Chr. Schätzchen
für das Protokoll